

Steigender Blutzoll im Krieg mit der Hamas

Keine Anzeichen für einen baldigen Waffenstillstand

Die Zahl der Todesopfer im Gazastreifen ist auf über 100 angestiegen. Weder Israel noch die Hamas zeigen Interesse an einer raschen Waffenruhe. Diplomatische Optionen sind begrenzt.

Monika Bolliger, Beirut

Am vierten Tag der israelischen Militäroffensive gegen den Gazastreifen ist die Zahl der getöteten Palästinenser auf über 100 angestiegen. Rund 600 Verletzte wurden verzeichnet. Die meisten sind nach palästinensischen Angaben Zivilisten. In Israel erlitten bei palästinensischen Angriffen mehrere Personen leichte Verletzungen, ein Opfer wurde schwer verletzt. Laut Menschenrechtsorganisationen drohen in Gaza medizinische Engpässe. Ägypten schloss die Grenze wieder, nachdem es diese für die Behandlung von Patienten kurz geöffnet hatte. Etwa 20 verletzte Palästinenser werden in Israel behandelt.

Schutzlos in Gaza

Während im Gazastreifen das Gefühl herrscht, dass niemand sicher vor den Luftangriffen ist, sind die Bewohner der benachbarten israelischen Gebiete ständig in Alarmbereitschaft, um sich in den nächsten Bunker zu retten. Da die Reichweite der Raketen gestiegen ist, müssen sich auch Israeli in weiter entfernten Gebieten um Tel Aviv und Beersheba an den Alarm gewöhnen. Nachdem der amerikanische Präsident Obama seine Bereitschaft zur Vermittlung eines Waffenstillstands angeboten hatte, drang der Palästinenserführer Abbas beim Uno-Sicherheitsrat auf die Anordnung einer sofortigen Waffenruhe. Zudem forderte er den Rat auf, die «israelische Aggression» zu verurteilen. Israel sagte, es sei entschlossen, die Angriffe aus Gaza zu beenden, und bereit, zu diesem Zweck notfalls in den Gazastreifen einzumarschieren. Der bewaffnete Flügel der Hamas drohte, im



Eine Israelin geht in der südlichen Stadt Ashdod in Deckung, während ein Raketenalarm ertönt.

AVI ROCCA / EPA

Falle einer Bodenoffensive den Flughafen Tel Aviv anzuvisieren. Beide Konfliktparteien zeigen kein Interesse an einem raschen Ende des Krieges.

Die Hamas, die seit dem Putsch in Ägypten geschwächt ist, durch die Beteiligung an der Einheitsregierung mit der Fatah von Präsident Abbas wenig gewonnen hat und durch die breite israelische Kampagne gegen ihre Führung weiter bedrängt wurde, setzt darauf, sich durch den Krieg profilieren zu können. Israel möchte die Waffenarsenale der Hamas und anderer Gruppen zerstören und der von der Hamas gestützten palästinensischen Einheitsregierung den Todesstoss versetzen. Die

Hamas von der Macht in Gaza zu vertreiben, ist aber nicht in Israels Interesse. An ihre Stelle würde wohl eine radikale Gruppe wie der Islamische Jihad treten, den die Hamas bisher in die Schranken gewiesen hatte.

Scheitern der Diplomatie

Nicht nur die Möglichkeiten der Vermittlung eines unmittelbaren Waffenstillstandes sind beschränkt, auch in Bezug auf grundlegendere Fragen des Nahostkonflikts ist die Diplomatie gescheitert. Die im Frühling abgebrochene letzte Verhandlungsrunde zwischen Israeli und den Palästinensern war zäh

verlaufen. Während die Palästinenser einen Vorschlag zum künftigen Grenzverlauf ihres Staates forderten, baute Israel Siedlungen aus und wollte zunächst über Sicherheitsfragen diskutieren. Nachdem Israel eine Gruppe von Gefangenen entgegen einer Vereinbarung nicht freigelassen hatte, brach Abbas seinerseits die Abmachung, dass er nicht um Beitritt bei internationalen Organisationen ersuchen werde. Als die Palästinenser dann eine Einheitsregierung mit Unterstützung der Hamas bildeten, zog sich Israel von den Verhandlungen zurück. Seit der jüngsten Gewalteskalation herrscht wieder die Logik des Krieges.

Neue Raketentypen bedrohen Israel

Die Hamas hat aufgerüstet und kopiert die erfolgreiche Strategie des Hizbullah in Libanon

Mit weiter reichenden Raketen kann die Hamas ganz Israel treffen. Dagegen besitzen die israelischen Streitkräfte nur begrenzt Gegenmittel, wie die Erfahrung des Libanonkriegs 2006 zeigt.

Martin Zapfe

Seit Tagen bombardieren die israelischen Streitkräfte Ziele im Gazastreifen, und die Hamas führt einen Raketenkrieg von bisher nicht gekannter Intensität. In den ersten drei Tagen seit Beginn der Operation «Defensive Edge» schossen die Hamas und weitere palästinensische Gruppen über 570 Raketen auf Israel ab, und bei Hunderten von israelischen Angriffen auf Ziele in Gaza kamen zahlreiche Zivilisten um.

Hohe Intensität

Der dritte grosse Waffengang um Gaza seit dem unilateralen Abzug Israels im Jahr 2005 scheint eine sinnfreie Eskalation der Gewaltspirale zu sein. Aber so einfach ist das nicht: Auch wenn beide Seiten lange unsicher waren, ob sie einen Schlagabtausch zu diesem Zeitpunkt wollen, folgen die Angriffe und Gegenangriffe einer militärisch-politischen Logik. Sie beruht auf einer einfachen Tatsache: Auch am Tag nach einer Waffenruhe werden beide Konfliktparteien weiter Nachbarn sein. Es geht schon heute um die Gestaltung dieser Koexistenz nach einer Waffenruhe.

Gegenüber dem letzten Krieg im Jahr 2012 hat die Hamas ihr Raketen-

arsenal verbessert. Das Rückgrat besteht weiter aus selbst hergestellten Kassar-Raketen, die technologisch rückständig und ungenau sind und mit einer Reichweite von wenigen Kilometern nur israelische Orte in der Nähe des Gazastreifens bedrohen. Daneben gehören Grad-Raketen zum Arsenal sowie zahlreiche Derivate anderer Raketentypen vergleichbarer Qualität. Angesichts dieser seit einem Jahrzehnt eingesetzten Missile blieb das Problem für Israel zwar drängend, aber immerhin geografisch eingrenzbare.

Das ändert sich nun. Bereits 2012 konnte die Hamas mit deutlich grösseren Raketen des Typs M75 Jerusalem und Tel Aviv erreichen und damit das Kernland Israels. Derzeit setzt die Hamas auch zum ersten Mal Raketen des Typs M302 ein, Flugkörper von hoher Qualität, die im Ausland industriell gefertigt und nach Gaza geschmuggelt werden. Die Lieferungen stammen vermutlich aus Syrien und Iran. Im März dieses Jahres fing Israel im Roten Meer eine Lieferung dieser Raketen ab, die wohl für die Hamas bestimmt war.

Es sind vor allem diese vom libanesischen Hizbullah bereits eingesetzten schwereren Raketen, die das strategische Gleichgewicht aus Sicht Israels verändern – zwar sind sie weiterhin wenig treffsicher, und ihre Zahl wird relativ gering sein. Und doch bedrohen sie ganz Israel. Auch wenn das israelische Raketenabwehrsystem «Iron Dome» bisher sehr erfolgreich gegen Raketen eingesetzt wurde, die bewohnte Gebiete zu treffen drohen, ist eine Verteidigung aller Städte Israels auch in Zukunft nicht möglich. Raketen zielen auf die Zivilbevölkerung und kön-

nen das öffentliche Leben lahmlegen. Das wird Israel nicht akzeptieren.

Ein grosser Waffengang ist angesichts der Krisen in Nahost nicht im Interesse Israels. Ministerpräsident Netanyahu, unter enormem Druck der politischen Rechten, steht nun jedoch vor der Herausforderung, eine komplexe Operation erfolgreich zu beenden. Als Warnung dient der Krieg gegen den Hizbullah von 2006. Er endete unentschieden, was als Niederlage Israels gewertet wurde und den Status des Hizbullah erheblich aufwertete. Genau so wird auch das Kalkül der Hamas lauten. Einen unentschiedenen Ausgang kann sich Israel also nicht leisten.

Glaubwürdige Abschreckung

Nach der Eskalation der letzten Tage hat Israel somit ein zentrales Ziel: Am Ende des Konflikts muss die eigene Abschreckung wiederhergestellt werden und eine belastbare Waffenruhe entstehen, die auf absehbare Zeit die Bedrohung aus dem Gazastreifen reduziert. Dazu muss die israelische Armee in den Augen der Welt, der eigenen Öffentlichkeit und der Hamas eine Position der Stärke wiedererlangt haben.

Einen vollständigen Stopp des Raketenbeschusses hingegen wird Israel militärisch nicht erreichen. Die Kurzstreckenraketen benötigen wenig Infrastruktur, sind günstig sowie schnell aufgestellt. Auch hier ist das Beispiel des Libanonkriegs von 2006 lehrreich: Während die meisten Raketen grösserer Reichweite in der ersten Nacht zerstört wurden, schoss der Hizbullah an keinem Tag so viele Raketen auf Israel ab wie am letzten Kriegstag – nach 34 Tagen

intensiven Bombardements. Ein Stopp des Beschusses lässt sich also nur erreichen, wenn die Hamas einer Waffenruhe zustimmt und kleinere Gruppen wie den Islamischen Jihad diszipliniert.

Prioritär scheint für Israel daher zu sein, die meisten Raketen grösserer Reichweite zu zerstören, um die Bedrohung für das israelische Staatsgebiet zu reduzieren und den Konflikt geografisch einzugrenzen. Dem dienen Angriffe auf Abschusseinrichtungen, Lager und Führer der Hamas. Zudem sollen die wichtigsten Nachschub-Tunnel zerstört werden. Schliesslich sollen die Hamas und die Einheitsregierung mit der Fatah politisch diskreditiert werden.

Angesichts der Angst beider Seiten, als Verlierer dazustehen, ist ein schnelles Ende der Operation unwahrscheinlich. Angriffe aus der Luft und von See werden weitergehen, und auch ein Einsatz von Bodentruppen ist möglich. Dieser könnte sich auf den Grenzbereich beschränken, um Tunnel aufzuspüren und zu zerstören. Angriffe auf die militärische Infrastruktur sind auch möglich, würden jedoch einen grossen Aufwand erfordern und zu israelischen Verlusten führen. Allerdings hat Israel gezeigt, dass seine Streitkräfte zu überraschendem Vorgehen fähig sind. Eine massive Einberufung von Reservisten und Truppenkonzentrationen an der Grenze können daher Anzeichen für eine bevorstehende Bodenoffensive sein; vereinzelte Operationen scheinen jedoch auch ohne eine Mobilisierung möglich. Eine erneute Okkupation Gazas steht jedoch nicht zur Debatte.

Martin Zapfe leitet den Bereich Globale Sicherheit am Center for Security Studies der ETH Zürich.

Kerry versucht zu schlichten

Blitzbesuch in Afghanistan

Im Streit um das Wahlergebnis in Afghanistan hat Washingtons Aussenminister Kerry offenbar eine Deblockierung erreicht. «Umfassende» Nachzählungen sollen Klarheit schaffen.

Sascha Zastiral, Bangkok

Der amerikanische Aussenminister John Kerry ist am Freitag in Kabul eingetroffen, um in der verfahrenen politischen Lage nach der Präsidentschaftswahl zu vermitteln. Es sei ein «sehr, sehr kritischer Zeitpunkt» für Afghanistan, sagte Kerry während seines kurzfristig anberaumten Besuchs. Die Legitimität der Wahlen und das «zukünftige Potenzial des Überganges» stünden auf dem Spiel. Kerry traf sich mit den beiden Präsidentschaftskandidaten Abdullah Abdullah und Ashraf Ghani sowie mit dem amtierenden Präsidenten Hamid Karzai. Dieser beriet sich ebenfalls am Freitag mit dem Sondergesandten der Vereinten Nationen für Afghanistan, Jan Kubis. Am Donnerstag hatte Karzai sich für eine Vermittlung durch eine dritte Partei ausgesprochen.

Afghanistan steckt politisch in einer Sackgasse, seit die Wahlkommission am Montag erklärt hat, dass der Karzai-Vertraute Ashraf Ghani gemäss vorläufigem Ergebnis in der Stichwahl Mitte Juni 56,44 Prozent der Stimmen erhalten und damit die Präsidentenwahl gewonnen habe. Abdullah, der beim ersten Wahlgang im April noch deutlich vor Ghani gelegen hat, lehnte das vorläufige Ergebnis ab und verlangte umfangreiche Nachzählungen. Ghani stimmte im Prinzip zu. Die beiden Lager waren sich jedoch uneinig, in welchem Umfang nachgezählt werden solle. Zumindest in dieser Frage hat Kerry mit seinem Besuch Bewegung in die Krise gebracht. Noch vor seinem Treffen mit Kerry erklärte Ghani, auch er spreche sich nun für eine «umfassende Überprüfung» der Stimmzettel aus.

Anfang der Woche haben die USA alarmiert auf die sich anbahnende Konfrontation nach der Verkündung des vorläufigen Ergebnisses reagiert. Einige von Abdullahs Anhängern forderten diesen auf, eine Parallelregierung auszurufen. Ein solcher Schritt würde das Land mit Sicherheit ins Chaos stürzen. Er selbst rief nach Telefonaten mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama und Kerry zu Geschlossenheit auf; nicht eine Spaltung, sondern die Einheit Afghanistans müsse das Ziel sein. Washington drohte, dass es im Fall einer «illegalen» Machtübernahme seine finanzielle und militärische Unterstützung zurückziehen werde.

Verdachtsmomente

awv. · Sowohl die afghanische Wahlkommission wie auch die EU-Wahlbeobachter in Kabul haben Ungereimtheiten in den Wahlergebnissen festgestellt. Die Wahlkommission ordnete die Überprüfung der Stimmzettel in 1930 von insgesamt 22 828 Wahllokalen an; sie beschränkte dabei die Nachzählung auf grössere Wahllokale mit 599 abgegebenen Stimmzetteln oder mehr.

Die EU-Wahlbeobachter empfahlen dagegen eine viel umfassendere Überprüfung in 6000 oder mehr Wahllokalen, um ein glaubwürdiges Resultat eruieren zu können. Sie wiesen auf verschiedene Auffälligkeiten hin, die an der Richtigkeit von Resultaten zweifeln liessen. Verdacht schöpften sie etwa bei unwahrscheinlich hohen Stimmzahlen für einen einzelnen Kandidaten oder bei starken Abweichungen zwischen Männer- und Frauenstimmen am selben Ort. Die Wahllokale sind nach Geschlechtern getrennt.

Von anderer Seite wurde auf Ungereimtheiten beim Vergleich der Ergebnisse aus den beiden Wahlrunden sowie auf eine gebietsweise verdächtig hohe gemeldete Wahlbeteiligung in der zweiten Runde hingewiesen – dies wäre ein Hinweis auf «Stopfen» der Urnen.